

# Eine einsatzfähige Armee für Europa

Lissabon-Vertrag realisieren und Europa stärken

**N**ur weiter so, Europa! Aber wohin? Welche Richtung will oder soll die Europäische Union (EU) mit ihren 27 Mitgliedsländern (EU-27) einschlagen, in einer Umbruchzeit, in der sich eine neue Welt- und Friedensordnung für das 21. Jahrhundert abzeichnet und die EU vor einer zentralen strategischen Gestaltungsaufgabe steht: Will oder muss sie zu einem internationalen Ordnungsfaktor werden? Zugleich steht sie aber auch vor einer inneren Zerreißprobe. Angesichts der dramatischen Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise stellt sich die Frage nach der Zukunft der EU. Nationale Egoisten gewinnen wieder Oberhand. Strukturmängel, Defizite und Schwächen im europäischen Regelwerk werden in aller Schärfe sichtbar, sie wurden in der Vergangenheit unverantwortlich zum eigenen Vorteil ausgenutzt.

Nur wenn die Einsicht wächst, dass Europa wirklich zu einer Union zusammenwachsen muss, kann die EU eine verlässliche Rolle als »global player« spielen. Zukünftig wird es entscheidend sein, wie viel »Gemeinsamkeit« diese EU-27 haben will. Heute gibt es im Grunde nur eine klassische Gemeinschaftsaufgabe – die Gemeinsame Landwirtschaft. Das macht allerdings noch keine Union aus. Dieser einzig wirklich »vergemeinschaftete« Wirtschaftsbe- reich erhält aber auch jedes Jahr ca. 40 Mrd. an Beihilfen, d.h. ca. 21 Cent pro Tag sind von den EU-Bürgern hierfür zu entrichten. Eine grundlegende Debatte um die Ausrichtung der europäischen Landwirtschaft nach 2014 beginnt gerade. Hiervon und von einer solchen Finanzierung kann die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nur träumen. Aber eine solche »Vergemeinschaftung« und solche Verfahren sind jetzt für die europäische Sicherheit und Verteidigung dringlicher denn je. Ein Harmonisierungs- und Integrationsprozess ist von den Mitgliedsländern und der EU-Kommission anzuschieben, auch für die GSVP, die mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags am 1. Dezember 2009 auf ihre Umsetzung wartet.

In dem Mehrvölkerstaat Belgien erleben wir gerade im Kleinen, wie brüchig Solidarität und Integration sein können. Nationalismus und die katastrophale wirtschaftliche Lage lassen Belgien – eine fast 200 Jahre alte staatliche Einheit – auseinander brechen. Belgien steht, wie es heißt, kurz vor seiner »Abwicklung«. Ins öffentliche Bewusstsein ist dies bisher wenig gedrungen. Auch das Interesse an gemeinsamer Sicherheit und Verteidigung innerhalb der



Sitzung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel.

Foto: EU

EU erscheint gering. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die krisenhaften Entwicklungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, die geradezu existentiellen Charakter für die EU annehmen können.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat innerhalb der EU tiefe Spuren hinterlassen und zwingt zu schnellem Umdenken in den Nationalstaaten und innerhalb der EU. Die Konsolidierung der Finanzsysteme und der europäischen Volkswirtschaften steht ganz oben auf der Tagesordnung, die Sanierung der Haushalte und der Schuldenabbau bei den EU-Mitgliedsländern werden immer drängender. Die Militärbudgets dienen vielfach, nicht nur in Deutschland, als »Steinbrüche«. Militärische Fähigkeiten werden drastisch abgebaut. Im Gegenzug ist eine europäische Koordinierung oder Stärkung im Sinne der »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (SSZ) des Lissabon-Vertrags nur in Ansätzen erkennbar. Als ein ernst zu nehmender »global player« muss die EU allerdings über ein hinlänglich starkes Sicherheitsinstrument verfügen. Tendenziell ist die Machtverlagerung von den westlichen Industrieländern hin zu den asiatischen Schwellenländern wie China und Indien unübersehbar – zunächst als wachsende Wirtschaftsmächte. Dies kann Wirtschafts- und Währungskriege nicht ausschließen; Michael Stürmer meint sogar in der Welt am Sonntag, Währungen wären die Waffen der Neuzeit. Will Europa wirklich in diesem Konzert mitspielen, geht ein »Weiter so, Europa« nicht. Die 27 Nationalstaaten brauchen eine entsprechende Strategie, in der die Souveränität der EU-Mit-

gliedsländer in entscheidenden Politikfeldern nur eine untergeordnete Rolle spielen darf.

Zugleich ist die Gemeinschaftswährung der 16 Euro-Länder (demnächst mit Estland 17) ins Schlingern geraten. Griechenland und Irland benötigen Unterstützung vornehmlich von der EU und vom IWF, um ihre Staatsfinanzen vor dem Kollaps zu retten. Auch Portugal und Spanien müssen möglicherweise unter den Rettungsschirm der EU schlüpfen. Aus dem jüngsten Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) aus Basel gehen die enormen Schulden dieser vier Länder hervor: 513 Mrd. US-Dollar gegenüber deutschen Banken und Anlegern und weltweit insgesamt 2,2 Billionen US-Dollar. Die Gemeinschaftswährung, bislang eine Erfolgsgeschichte, ist durch den Aufbau dieser enormen nationalen Schulden ernsthaft bedroht. »Konstruktionsfehler« machen sich jetzt bemerkbar; es gilt, diese schnell zu reparieren, um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen. Für Helmut Kohl war die Gemeinschaftswährung immerhin noch das Mittel, um »die europäische Integration unumkehrbar zu machen«. Neben dem wirtschaftlichen Erfolg hat der Euro auch das »Wir-Gefühl« der Bevölkerung der Euro-Länder gestärkt. Die klassische Erkenntnis, nur gemeinsam ist man stark, schien sich durchzusetzen. Nun erlangen Krisenprävention und Krisenmanagement zur Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte und des Wirtschaftsraums, insbesondere der Euro-Zone, große Bedeutung. Durch bessere wirtschaftliche Steuerung

und Koordination, aber auch durch entsprechend stärkere Institutionen soll die Stabilität der EU wieder hergestellt werden. Ein permanenter Krisenmechanismus ist in der Diskussion, um die finanzielle Stabilität des Euro-Währungsgebiets zu erhalten. Aber auch ein gemeinsamer Schuldenabbau (Euro-Bonds) werden als ein Meilenstein europäischer Solidarität und Integration hingestellt. Falls jemand das nicht mittragen will, wird er als uneuropäisch diskriminiert.

Interessant ist unter diesen dramatischen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, wie Deutschland und Europa sich die Bildung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft vorstellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte die Bundesrepublik Deutschland auf Drängen der siegreichen Westalliierten und zehn Jahre nach Kriegsende die Bundeswehr in Stärke von ca. 500.000 Soldaten auf. Als »Nationalarmee« wurde sie weitgehend in die existierende NATO integriert. Eine supranationale europäische Alternative im Rahmen der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft der sechs europäischen Kernländer) scheiterte im Jahr 1954 an Frankreich. Grundsätzlich zogen jedoch die westeuropäischen Nationalstaaten die Option »USA« als europäische Ordnungsmacht einer souveränen europäischen Lösung vor. Angesichts der Bedrohungslage durch die Sowjet-Union und den Warschauer Pakt war dies nahe liegend, auch vor dem Hintergrund der atomaren Bedrohung.

Nach Beendigung des Kalten Krieges und damit des Ost-West-Konflikts setzten verschiedene Bundesregierungen Untersuchungskommissionen ein, um den sicherheits- und verteidigungspolitischen Wandel zu analysieren und strukturelle Konsequenzen für die deutsche Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit zu ziehen.



Treffen der europäischen Finanzminister zur Euro-Krise.

Foto: EU

Der Abschlussbericht der Jacobsen Kommission (1991) konzentrierte sich auf die künftigen Aufgaben der Bundeswehr und die europäische Sicherheitsordnung. Die fundamental veränderte Verteidigungslage in Europa war Grundlage für die neue Sicherheit und Landesverteidigung in Deutschland. Danach konnte die Bundeswehr auf 370.000 reduziert werden. Die NATO sollte das Fundament deutscher und europäischer Sicherheit bleiben. Trotzdem sollten europäische Sicherheits-Strukturen komplementär zur NATO angelegt werden. Deswegen wurden Betätigungsfelder für Gemeinschaftsaktionen, Koordinierungsverfahren, Zuständigkeiten und eine Umstrukturierung der Streitkräfte für eine europäische Zusammenarbeit gefordert.

Die Weizsäcker-Kommission (2000) ging über den Status des Überwindens des Kalten Krieges hinaus und bot grundlegende eu-

ropäische Lösungen an. Die Forderung nach einer bedarfsgerecht zugeschnittenen, bündnisfähigen Bundeswehr-Struktur stand im Mittelpunkt. Als Reformziel wurde herausgestellt, die Streitkräfte zu wirksamer internationaler Zusammenarbeit zu befähigen und die Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungsbeschaffungspolitik soweit wie möglich zu europäisieren. Ein stärkeres Europa würde auch die NATO stärken. Die Einsatzkräfte sollten durch Integrationslösungen nach dem Vorbild des NATO-Frühwarnverbandes (AWACS) sowie durch Bündelung der europäischen Ressourcen für Luft- und Seetransport, Aufklärung und Luftverteidigung gefördert werden. Das erforderte abgestimmte Streitkräftepläne, gemeinsame Ausbildungseinrichtungen und die Nutzung gemeinsamer Fähigkeiten. Die Friedensstärke der Bundeswehr sollte sich an einem Richtwert von 240.000 Soldaten orientieren.

Die Mitgliedsländer der EU hatten in dieser Zeit die Absicht bekräftigt, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln und dafür Militär-Kontingente zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung in einer Größenordnung von 50.000 bis 60.000 Soldaten bereitzustellen, zu befähigen und zu unterhalten; die europäischen Streitkräfte sollten näher zusammenrücken und mehr miteinander kooperieren. Als Europäische Perspektive und Initiative empfahl die Kommission der Bundesregierung, den Umbau der Streitkräfte mit den Partnerländern abzustimmen und – wo immer möglich – für die Zukunft gemeinschaftliche europäische Vereinbarungen zu treffen. Die EU-Mitglieder sollten einen gemeinsamen Sicherheitsraum mit einer sich formierenden Sicherheitsidentität bilden. Dadurch würde auch eine kohärente europäische Säule im Rahmen einer ausgewogenen transatlantischen Sicherheitspartnerschaft entstehen. Die von der Weizsäcker-Kommission beschriebene Bundeswehr-Struktur folgt damit dem politischen und sicherheitspolitischen Wandel im Rahmen der weltweiten Veränderungen. Den globalen Bedrohungen und Risiken könne nur gemeinsam in einem europäischen und/oder atlantischen Verbund begegnet werden. Multinationale Auslandseinsätze wären daher die Regel.

Nach dem Bericht der Weise-Kommission (Oktober 2010) soll es zukünftig noch deutsche Streitkräfte in einer Stärke von ca. 180.000 Soldaten geben. Die Politik hob allerdings den Umfang auf 185.000 Soldaten an. Eine radikale Erneuerung steht damit der gesamten Bundeswehr ins Haus. Hauptaufgabe sei es, sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren und mehr Flexibilität sowie höhere Effizienz in der Bundeswehr zu erzielen – auch mit dem Anspruch, maßgeblich zur Erfüllung der sicherheits-



Der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise und Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg bei der Bundespressekonferenz.

Foto: BMVg

politischen und militärischen Zielvorgaben der NATO und der EU beizutragen. Aber von einem Zusammenrücken und Kooperieren europäischer Streitkräfte oder gar deren Umbau miteinander abzustimmen, wie es noch von der Weizsäcker-Kommission gefordert wurde, ist in diesem Bericht nicht die Rede.

Anfang der 90er Jahre war die damals eingenommene Bundeswehrstruktur zwangsläufig eine Übergangsstruktur. Deutschland und die deutschen Streitkräfte hatten erstmals einen »Krieg« nicht verloren. Es galt, die Friedensdividende einzufahren und ohne größere Brüche zunächst eine neue Struktur einzunehmen. Die Vorschläge der Weizsäcker-Kommission hätten zu einem großen Zukunftsentwurf werden können, auch hinsichtlich einer Europäisierung der Bundeswehr, wenn die Politik den Reformanstößen der Weizsäcker-Kommission gefolgt wäre. Darum räumt der Weise-Bericht jetzt zu Recht mit alten Bundeswehr-Zöpfen aus ihrer Aufbauzeit in den 50er Jahren auf. Falls die Berichtsergebnisse so umgesetzt werden können, wäre dies ein enormer Effizienzgewinn für die gesamte Bundeswehr. Heute, 20 Jahre nach dem offiziell erklärten Ende des Kalten Krieges und mit einer völlig veränderten Friedensordnung in Europa, würde die Bundeswehr endlich eine Struktur für das 21. Jahrhundert erhalten, die sich ausrichtet an den neuen globalen Bedrohungen und Risiken, einschließlich der Sicherung von Rohstoffen und Energien, ohne die ein Industriestandort wie Deutschland und Europa nicht nachhaltig überleben kann. Konkrete Antworten über Art und Grad einer Einbindung der deutschen Streitkräfte in die EU oder NATO fehlen, sie müssten nachgeliefert werden; wenn schon im Kalten Krieg nationale Truppenkontingente weitgehend in die NATO-Verteidigungsstruktur integriert waren, müssen heute integrierte Strukturen für Auslandseinsätze besonders gefordert werden – eben aus militärischen Effizienzgründen.

In Deutschland wird bisher wenig über eine Armee für Europa oder eine Europa-Armee im Rahmen einer vernetzten Sicherheitsstrategie diskutiert, wie immer solche Sicherheits- und Verteidigungskräfte auch zu strukturieren wären. Die Kommissionsberichte wiesen frühzeitig auf die wachsende sicherheits- und verteidigungspolitische Bedeutung der EU hin. Selbst die Amerikaner, die dieser Entwicklung anfänglich kritisch gegenüber standen, begrüßen jetzt verstärkte europäische Fähigkeiten. Zentraler Reformansatz müsste der Lissabon-Vertrag mit seiner

Forderung nach »Ständiger Strukturierter Zusammenarbeit« sein. Letztlich bedeutet das: Mehr europäische Koordination und Kooperation, ggf. mehr Integration. Zum Beispiel könnten die EU Battle Groups der Nukleus für europäische Streitkräfte werden oder der Gedanke der Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Jahr 2007, integrierte europäische Streitkräfte aufzustellen, könnte wieder aufgegriffen werden – vielleicht zunächst im Rahmen des Weimarer Dreiecks (Frankreich-Deutschland-Polen) oder mit den sechs europäischen Kernländern (Frankreich, Deutschland, Italien und den Benelux-Ländern). Für diese ersten Schritte bieten sich auch Lösungen mit den 16 Euro-Staaten oder ganz einfach regionale militärisch-zivile Cluster oder center of excellence an. Zweifelsfrei ist, dass alle europäischen Nationalstaaten mit dem Unterhalt ihrer eigenen Sicherheitskräfte finanziell überfordert sind; dennoch sind sie vorrangig immer noch zu national ausgerichtet und leisten sich Duplizierungen, sogar Dreifach- oder Mehrfach-Fähigkeiten.

Militärische Sicherheit wird heute von den Nationalstaaten immer noch als Kernbereich ihrer nationalen Souveränität eingestuft. Dass dies eine Schein-Souveränität ist, die weder militärisch noch finanz- oder wirtschaftspolitisch abgesichert ist, scheint vielen EU-Mitgliedern (noch) nicht bewusst zu sein. Die Streitkräfte vieler Nationalstaaten haben allein weder einen sicherheitspolitischen Nutzen, noch können sie an ihren nationalen Grenzen »Schlachten« gewinnen; heutzutage werden Schlachten auf ganz anderen Feldern gewonnen oder verloren. Die Streitkräfte in alter Ausrichtung sind vornehmlich Kostenfaktoren. Durch die jetzt offenbar gewordene enorme Verschuldung einiger EU-Länder werden sie immer abhängiger. Die Verschuldung entmachtet sie förmlich. Auch die Idee einer Neutralität innerhalb der Europäischen Union, wie sie z.B. von Österreich oder Irland vorgebracht wird, ist ein Relikt aus dem Kalten Krieg. Die

traditionelle Blockadehaltung einzelner Mitgliedsländer lässt sich angesichts der desaströsen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen rational nicht mehr nachvollziehen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die traditionellen Strukturen der Nationalstaaten in Europa überholt haben. Das Schengener Abkommen hat die EU grenzenlos gemacht. Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments (EP), hat vor einiger Zeit den Vorschlag »SAFE – Synchronized Armed Forces Europe« in die Diskussion gebracht. Sein Konzept zielt darauf ab, im Sinne einer freiwilligen Teilnahme die europäischen Streitkräfte stärker aufeinander abzustimmen. Das sollte in einem dynamischen Prozess geschehen, zum Beispiel durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel. Jetzt plant Pöttering einen Sammelband mit dem Titel »Eine einsatzfähige Armee für Europa – Die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon«. Der erste Vorschlag ist mehr der eines europäischen Insiders, der sich um machbare Lösungen bemüht; beim Sammelband wird das Bemühen deutlich, durch eine Vielzahl hochkarätiger Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär aus ganz Europa die unterschiedlichen Facetten und Meinungen zu bündeln und eine einsatzfähige Armee für Europa zu fordern und zu beschleunigen.

Ein weiterer Impuls kommt jetzt von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der am 9. Dezember 2010 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit einem Namensartikel »Die Stunde Europas« offensichtlich die Defizite bei der Neuorientierung der Bundeswehr erkannt hat. Mit einem Bekenntnis zur europäischen Verteidigung greift er die Forderung des christlich-liberalen Koalitionsvertrags vom Oktober 2009 auf, langfristig und schrittweise eine Europa-Armee zu schaffen. Guttenberg verwendet zwar den Begriff »Europa-Armee« nicht, er geht auch nicht auf den von allen 27 EU-Ländern unterschriebenen Lissabon-Vertrag ein, sondern will zusammen mit Schweden einen pragmatischen Weg einschlagen. Beide Länder schlagen vor, dass alle Nationalstaaten ihre Fähigkeiten überprüfen und feststellen sollten, welche sie in Zukunft noch abdecken wollen (bzw. können). Dieser Prozess sollte nach bestimmten Fähigkeits-Kategorien erfolgen. EU-Gremien sollten die Resultate dann bewerten. Als letzten Schritt sollte schließlich ein Mittler – vor allem die Europäische Verteidigungsagentur – die Koordinierung und Vernetzung der verschiedenen Fähigkeitsanalysen vornehmen.

Ein weiterer Impuls kommt jetzt von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der am 9. Dezember 2010 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit einem Namensartikel »Die Stunde Europas« offensichtlich die Defizite bei der Neuorientierung der Bundeswehr erkannt hat. Mit einem Bekenntnis zur europäischen Verteidigung greift er die Forderung des christlich-liberalen Koalitionsvertrags vom Oktober 2009 auf, langfristig und schrittweise eine Europa-Armee zu schaffen. Guttenberg verwendet zwar den Begriff »Europa-Armee« nicht, er geht auch nicht auf den von allen 27 EU-Ländern unterschriebenen Lissabon-Vertrag ein, sondern will zusammen mit Schweden einen pragmatischen Weg einschlagen. Beide Länder schlagen vor, dass alle Nationalstaaten ihre Fähigkeiten überprüfen und feststellen sollten, welche sie in Zukunft noch abdecken wollen (bzw. können). Dieser Prozess sollte nach bestimmten Fähigkeits-Kategorien erfolgen. EU-Gremien sollten die Resultate dann bewerten. Als letzten Schritt sollte schließlich ein Mittler – vor allem die Europäische Verteidigungsagentur – die Koordinierung und Vernetzung der verschiedenen Fähigkeitsanalysen vornehmen.



Baroness Cathrine Ashton, die Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik bei einer Pressekonferenz. Foto: EU

Alain Juppé, der neue französische Verteidigungsminister, reagierte auf die plötzlich entbrannte Diskussion um europäische Sicherheit und Verteidigung prompt und stellte in der Süddeutschen Zeitung vom 10. Dezember 2010 fest, dass man sich zunächst auf die europäische Außenpolitik, den Hohen Repräsentanten und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) konzentrieren sollte. Für eine europäische Armee würden noch die politischen Voraussetzungen fehlen. Man sollte in kleinen Schritten und konkreten Projekten mit möglichst vielen Partnern beginnen. Dieses Ziel lag offenkundig auch dem Anfang November 2010 unterzeichneten Vertrag zwischen Frankreich und Großbritannien zu Grunde, der 17 Kooperationsfelder in den Bereichen Rüstung (z.B. unbemannte Systeme), Forschung (z.B. nukleare Sprengköpfe) und strategisch-operative Zusammenarbeit (z.B. Flugzeugträger) zum Inhalt hat. Auch eine gemeinsame Kampfgruppe für Einsatzaufgaben zu Lande soll aufgestellt werden. Von der GSVP ist nicht die Rede. Beide Nationen wollen sich ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Unabhängigkeit erhalten. Das erinnert an die deutsch-französische Zusammenarbeit. Im Jahr 1987 wurde die Deutsch-Französische Brigade entwickelt, auch eine deutsch-französische Hubschrauber-Ausbildung. Damals fragte man sich, ob diese Militärkooperation der Einstieg zum Aufstieg oder zum Ausstieg wäre. Heute, nach über 20 Jahren, weiß man, dass es eher der Einstieg zum Stillstand war. Europäische oder multinationale Streitkräfteentwicklungen sehen anders aus. Die Gesamtproblematik wird vielleicht anschaulich durch einen in Brüssel kursierenden Witz umschrieben: Im europäischen Zug haben sich die Briten der Lokomotive bemächtigt, die Franzosen sitzen in der ersten Klasse und der deutsche Michel läuft – etwas hechelnd – daneben her. Zusammenfassend lässt sich vielleicht kon-

statieren, dass Minister zu Guttenberg jetzt richtigerweise Gas geben will, während Frankreich weiterhin im Bremserhäuschen sitzt – eigentlich seit 1954. Es drängt sich insgesamt die Frage auf: Was muss eigentlich im Bereich Sicherheit und Verteidigung noch alles geschehen, damit Europa endlich erwacht?

Die Aus- und Weiterbildung ist ein Bereich, in dem durch europäische Zentren oder Verbünde – ohne Souveränitätsverlust – Kosten schnell eingespart und Effizienzsteigerungen erzielt werden können. Gerade die vermehrt multinational geführten Auslandseinsätze zwingen zu besserer Interoperabilität und Integration. Der Erfolg solcher Einsätze verlangt einheitliche operative und taktische Grundsätze, Verfahren und

gemeinsame europäische Standards, nicht zuletzt, weil dadurch Verluste auch vermieden werden. Das sind wir den EU-Bürgern schuldig und der Forderung nach einem stärkeren europäischen »Wir-Gefühl« – trotz aller kultureller und geschichtlicher Unterschiede. Nachhaltige Initiativen in diese Richtung sind jedoch kaum bekannt. Ausgenommen vielleicht die Forderung der ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Heß, die sich schon Anfang 2008 dafür einsetzte, europäische Streitkräfte »von unten zu denken«. Sie schlug ein überzeugendes »Leuchtturmprojekt« vor: Die Europäisierung der Hubschrauber-Ausbildung in einem Europäischen Hubschrauber-Ausbildungs-Zentrum. Reaktion: null! Auf Grund der gravierenden konventionellen Abrüstungen und Sparmaßnahmen bieten sich jetzt hierfür die Hubschrauber-ausbildungseinrichtungen in Deutschland Bückeburg, Celle, Fassberg und in Frankreich Leluc als Nukleus besonders an.

Wenn sich jetzt – schließlich und endlich – ein ernster sicherheits- und verteidigungspolitischer Wille bei den EU-Mitgliedstaaten regt, und wenn zugleich die EU-Kommission mobilisiert werden kann, dann ließe sich vielleicht ein militärisch-ziviler Einigungsprozess der EU-Nationen auf die Schiene setzen, eine bessere Koordinierung, Kooperation oder vielleicht sogar eine stärkere Integration könnten die Folge sein. Die Entwicklung eines abgestimmten europäischen Sicherheitssystems müsste noch einen Schritt weiter gehen und in einen dreistufigen Sicherheitsverbund »Mitgliedstaaten-EU-NATO« münden. Das Guttenbergsche Konzept könnte hier den Anfang machen, die jeweiligen nationalen Sicherheiten und Interessen wären zu definieren. Zeitgleich sollte auch »europäische Sicherheit« definiert werden und diese gegenüber den Mitgliedstaaten einerseits und der NATO andererseits abgegrenzt werden: Wer welche Aufgaben mit welchen Kräften

und Mitteln wahrnehmen kann und will. Auf europäischer Ebene könnte dies z.B. sein: die Verteidigung der Union, gemeinsame Auslandseinsätze, Wahrnehmung der europäischen Aufgaben innerhalb der NATO, spezielle Aufgaben aus dem Spektrum der Vernetzten Sicherheit und im Einzelfall die Unterstützung von Mitgliedsländern. Dies wäre die Grundlage für die eigenen nationalen Sicherheitskonzepte. Das neue »Strategische Konzept« der NATO könnte den Rahmen für die Abgrenzung zu dem dann konkret zu schaffenden europäischen Pfeiler innerhalb der NATO sein. Auf jeden Fall sind kostenträchtige Parallelstrukturen bei Allianz und EU zu vermeiden. Sie dienen nicht der geforderten Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung. Am Ende dieses Prozesses könnte ein koordiniertes europäisches Streitkräftedispositiv der Nationalstaaten entstehen und integrierte europäische Streitkräfte mit einem eigenständigen EU-Sicherheitshaushalt, ähnlich dem der NATO. EU und NATO müssen jetzt den Sprung von der früheren kollektiven Verteidigung hin zu heutiger kollektiver Sicherheit schaffen. Früher lautete ein NATO-Slogan: »Keep the Americans in, the Russians out and the Germans under control«, heute könnte dies wie folgt beschrieben werden: »Keep the Americans in, the Russians close to it and bring the united Europeans in.«

Dem Lissabon-Vertrag liegt dieser integrierte Ansatz nicht zugrunde, sondern vielmehr ein intergouvernementaler, d.h. die EU-Mitgliedsländer behalten ihre Souveränität und die letzte Entscheidungsgewalt, ihre zivilen und militärischen Mittel für gemeinsame Operationen einzubringen. Diese werden durch die Nationen ad hoc zur Verfügung gestellt. Trotzdem werden schon integrative Lösungen aufgezeigt. Mit diesen vertraglichen Vereinbarungen sowie den bereits heute schon bestehenden gemeinsamen Institutionen und Truppenteilen ist eine Entwicklung allerdings vorgezeichnet, die langfristig zu einem »System gegenseitiger kollektiver Sicherheit« und zu gemeinsamen Europäischen Streitkräften führen kann. Dieser Weg kann durch die verstärkte Nutzung der im Vertrag festgelegten »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« forciert werden. Einzelne Staaten können diesen Kooperations- und Integrationsprozess mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten fördern. Ungeklärte Finanzierungsinstrumente und -mechanismen, aber auch das ambivalente Verhältnis zur NATO, sind dabei grundsätzliche Schwächen.

Wenn die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr unter europäischen und/oder bündnispolitischen Bedingungen gestellt wird, ist die gleiche Frage auch an die EU zu richten. Braucht eine zukunftsfähige EU eine Europa-Armee? Wenn Europa wirklich eine Rolle als »global player« übernehmen will, um Welt-

politik entsprechend ihres wirtschaftlichen Gewichts mitzugestalten, kommt sie nicht umhin, eigene Sicherheits- und Verteidigungskräfte aufzubauen. Anderenfalls entstünde ein bedenkliches Machtvakuum in Europa. Angesichts von ca. 500 Mio. Einwohnern in der EU-27 und einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 16.447 Mrd. US-Dollar übertrifft die EU die USA mit ihrer Bevölkerung von ca. 308 Mio. und einem BIP von 14.256 Mrd. US-Dollar deutlich. Gleichzeitig gaben aber die USA im Jahr 2009 für Verteidigung 531 Mrd. US-Dollar aus, das ist ein BIP-Anteil von 4,07 Prozent; die EU-27 hingegen nur 181 Mrd. US-Dollar. Damit betragen die Verteidigungsausgaben der USA fast das Dreifache derjenigen der EU-27. Diese Zahlen sprechen für sich und dokumentieren das Dilemma der EU als Staatenbund, der »global player« werden will. Trotz all der Fakten lassen sich wahrscheinlich wieder keine schnellen Lösungen für Europa finden, es sei denn...

Eine stabile Welt- und Friedensordnung braucht ein starkes Europa, auch wenn das europäische Koordinatensystem auf Grund der Belastungen ziemlich aus den Fugen geraten ist. Es muss dringend nachjustiert werden. Dazu gehört auch die GSPV. Zu Europa gibt es in einer globalisierten Welt keine Alternative, es ist eine Schicksalsgemeinschaft. Deswegen: Scheitert der Euro, scheitert Europa und mit ihr die GSPV. Die Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise darf sich nicht zu einer allge-



Spanische Soldaten bei der EU-Mission in Somalia.

Foto: EU

meinen europäischen Identitätskrise ausweiten. Ein »Weiter so, Europa«, bringt uns nicht weiter. Uneuropäisch ist sicherlich auch jemand, der Europa nicht durch Lissabon stärken und sicherer machen will. Denn keiner wartet auf uns Europäer. Die Entwicklung einer Armee für Europa ist jedoch unaufhaltsam. Ein Vorbild könnten z.B. die »Leitlinien für die zukünftige europäische Industriepolitik« sein. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Antonio Tajani, sagte dazu kürzlich: »Das Denken in nationalen und eigenständigen Industrien und Sektoren ist Denken von Gestern, das uns in der globalisierten Wirtschaft von heute nicht weiterhilft.« Daher brauchen wir einen entschlossenen und geschlossenen europäischen Willen, der etwas bewegen und bewirken will. ■

*Oberst a.D. Gerd F. Kaldrack ist freier Publizist.*



Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade.

Foto: ES-Archiv